

II-111 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

No.103.../A (E)

0 2. JULI 1987

Präs.:

A N T R A G

der Abgeordneten DR. HAIDER, PROBST, HINTERMAYER, DR. OFNER,
DR. DILLERSBERGER

betreffend Ausarbeitung und Umsetzung eines Fahrrad-Verkehrsprogramms
für Österreich

Freiheitliche Abgeordnete beantragten bereits 1981 die Errichtung
und Erhaltung eines Radwegenetzes aus den Mitteln der Kfz-Steuer,
um sowohl aus Sicherheits- als auch aus Gesundheitsgründen den
Fahrradbenützern erhöhten Schutz angeeignet zu lassen.

In der Zwischenzeit hat der Fahrradverkehr einen ungeahnten Auf-
schwung genommen; insbesondere im Freizeitbereich hat das Fahrrad
einen Siegeszug angetreten, der durch die Anlage von Radwegen
und die Herausgabe von Radwanderkarten unterstützt wurde.

Diese erfreuliche Entwicklung konnte sich im innerurbanen Verkehr
leider noch nicht entfalten, obwohl gerade in den Städten Österreichs
eine Lösung der Abgas-, Lärm-, Staub-, Stau- und Parkplatzprobleme
dringend erforderlich wäre. Die Benutzung des Fahrrades als Verkehrs-
mittel für die Fahrten zum und vom Arbeitsplatz sollte daher verkehr-
technisch erleichtert und steuerlich entdiskriminiert werden, denn
durch den Umstieg vom Kraftfahrzeug auf das Fahrrad werden Devisen
eingespart, die ansonsten für Treibstoffimporte aufgewendet werden
müßten und Folgekosten der Luftverschmutzung (Baumsterben, Erkrankun-
gen der Atemwege, Gebäudeschäden) abgesenkt.

Eine Befragung in Wien hat ergeben, daß 20 % der Bevölkerung
bereit wären, Fahrräder zu benutzen, was nahezu dem Anteil der
Radfahrer am Verkehrsaufkommen in Hannover und Kopenhagen (25
) entspricht. Wegen der durch Jahrzehnte betriebenen einseitigen

- 2 -

Verkehrspolitik wagen es jedoch nur 1 bis 2 %, sich mit dem Fahrrad den Gefahren des Straßenverkehrs auszusetzen.

Um diesem Übelstand abzuhelpfen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, im Zusammenwirken mit Ländern und Gemeinden ein Fahrradverkehrsprogramm für Österreich auszuarbeiten, in diessen Rahmen die Benutzung von Fahrrädern für Berufsund Freizeit-zwecke verkehrstechnisch erleichtert und die berufliche Verwendung des Fahrrades der Kfz-Benutzung steuerlich gleichgestellt wird, und dieses Programm baldmöglichst zu verwirklichen.

In formeller Hinsicht wird beantragt diesen Entschließungsantrag dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.